



Beschlussvorlage

Amt: Dezernat IV
Vorl.Nr.: V/2020/2588
Datum: 09.12.2020

TOP: _____
Anlage Nr.: _____

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Ausschuss für Soziales und Stadtgesellschaft	16.02.2021	öffentlich
Rat	15.03.2021	öffentlich

Tagesordnung

Unterstützung der Initiative "Seebrücke - Schafft sichere Häfen";
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.10.2020

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Soziales und Stadtgesellschaft empfiehlt dem Rat der Stadt Hennef zu beschließen:

Die Stadt Hennef schließt sich der kommunalen Initiative „Städte Sicherer Häfen“ an und tritt der Potsdamer Erklärung vom 3. Juni 2019 bei (Anlage 1). Die Stadt Hennef bekennt sich zur Vielfalt ihrer Stadtgesellschaft und bekräftigt insofern die „Hennefer Erklärung“ des Stadtrates vom 27. Juni 2016. Im Übrigen wird der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Begründung

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezieht sich im Wortlaut ihres Antrages auf Formulierungen der Initiative „Seebrücke - Schafft sichere Häfen“ (Anlage 2).

Während es sich bei dem Bündnis zur „Potsdamer Erklärung“ bzw. „Städte Sicherer Häfen“ um einen bundesweiten Zusammenschluss von Kommunen handelt, wird die Initiative „Seebrücke“ von zivilgesellschaftlichem Engagement getragen.

Insofern treten hier unterschiedliche Rollenverständnisse und Handlungsoptionen zutage, die in dem gemeinsamen Streben, Menschen auf der Flucht zu helfen und ihnen einen „sicheren Hafen“, d.h. ein sicheres Zuhause zu bieten, eine große Übereinstimmung haben, in der Herangehensweise aber und den Forderungen gegenüber Bund und Ländern zum Teil erheblich voneinander abweichen.

Die Stadt Hennef ist eine offene und eine bunte Stadt. Hier ist Jede und Jeder willkommen! Dies hat der Rat im Sommer 2016 durch die Verabschiedung der Hennefer Erklärung deutlich gemacht.

Auch der Umgang mit den Menschen, die im Zuge des großen Zustroms von Flüchtlingen nach Europa in Hennef angekommen sind, zeugt von dem Willen, den Geflüchteten, unabhängig davon, ob sie eine Bleibeperspektive haben oder grundsätzlich ausreisepflichtig sind, ihr Aufenthalt aber geduldet wird, wertschätzend und unterstützend entgegen zu treten.

Erwähnt sei hier beispielhaft, dass es der Verwaltung gelungen ist, die Menschen nach der anfänglichen Unterbringung in Gemeinschaftseinrichtungen sehr schnell mit Wohnungen im gesamten Stadtgebiet dezentral zu versorgen.

Zahlreiche Henneferinnen und Hennefer engagieren sich bis heute ehrenamtlich in der Unterstützung der Zielgruppe.

Insoweit schließt sich die Stadt Hennef auch der Initiative vieler Kommunen in ganz Deutschland an, zusätzlich zu der vereinbarten Aufnahmequote weitere Flüchtlinge - und nicht nur aus Seenot Gerettete - aufzunehmen.

Eine Koordinierungsstelle bei der Stadt Potsdam vertritt das „Bündnis Städte Sicherer Häfen“ gegenüber der Bundesregierung. In NRW vernetzt die Stadt Bielefeld die Mitgliedsstädte.

Die im Wesentlichen von der Initiative „Seebrücke“ übernommenen Forderungen im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen überschreiten zum Teil die kommunalen Kompetenzen. Dies betrifft insbesondere das Aufenthaltsrecht und die Bereitstellung von Ressourcen in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung. Daher werden diese Aspekte nicht im Beschlussvorschlag berücksichtigt.

Hennef (Sieg), den 09.12.2020

In Vertretung

Martin Herkt
Beigeordneter